



**BERLINER
EINBLICKE #73**
FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Vor Ostern 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Derzeit merke ich wieder, wie widersprüchlich die Debatten im politischen Berlin sind. Da sind auf der einen Seite elementare Fragen mit großer Bedeutung für das Zusammenleben unserer Gesellschaft. Und auf der anderen Seite Scheindebatten, die aber in einer verhältnisslosen Lautstärke geführt werden. Lassen Sie mich konkret werden. Zunächst zu den elementaren Dingen: Im Nahblick dieser Ausgabe stellen wir das Thema Organspende in den Fokus und den Weg, wie wir aus der hohen Spendebereitschaft unserer Bevölkerung auch am Ende mehr Organspenden organisieren können. Hier für Verbesserungen zu sorgen, ist mir ein Herzensanliegen.

Auch haben wir in dieser Woche im Plenum in einer Orientierungsdebatte die Frage besprochen, ob und inwieweit die Kosten neuer Diagnosemöglichkeiten zur Früherkennung des Downsyndroms durch die Krankenkassen übernommen werden sollen. Eine Debatte, die weit über die eigentliche Sachfrage hinausgeht. Zwar ist ein Bluttest deutlich risikoärmer als die bisher eingesetzte Fruchtwasseruntersuchung. Gleichzeitig wird damit gerechnet, dass eine leichtere Verfügbarkeit zu einer zunehmenden Selbstverständlichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen bei Kindern mit Downsyndrom führen wird. Ich bin der Überzeugung: Wir brauchen eine verantwortungsvolle Lösung mit Blick auf die Mütter sowie ausreichenden Schutz für das werdende Leben. Deshalb stellen wir uns dieser Debatte.

Andere Diskussionen sind mehr als müßig. Die Frage nach Enteignung von Mietwohnungen oder Ähnlichem stellt sich für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht. Denn wir sind eine Rechtsstaatspartei. Und: Wohnraum schafft man nicht durch Enteignungen. Durch Enteignungen entsteht nicht eine zusätzliche Mietwohnung, ganz im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt. Nicht vergessen werden darf dabei auch: Enteignet man ein Unter-



© Deutscher Bundestag - Achim Mende

nehmen, steht diesem eine finanzieller Ausgleich zu. Dieses Geld steht dann nicht für andere staatliche Aufgaben zur Verfügung. Das Problem des zu teuren Wohnraums ist also zu wichtig, als dass wir es ideologisch debattieren sollten. Wir in der Union kennen den richtigen Ansatz: Bauen, bauen, bauen. Wir gründen unsere Baupolitik auf vier Säulen: Erstens brauchen wir deutlich mehr Bauland. Zweitens müssen wir effizienter und schneller bauen können. Drittens benötigen wir genügend Finanzmittel für Bauvorhaben. Und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die Bautätigkeiten erschweren.

So machen wir als CDU Politik. Verantwortungsvoll, abwägend, mit Achtung vor den Interessen der Bevölkerung und mit klarem Blick für zukunftsgewandte und lösungsorientierte Kompromisse. Ich wünsche Ihnen ein wenig verfrüht Frohe Ostern!

Ihr *Heribert Hirte*

Das Thema

Bessere Aufklärung. Verbindliche Ansprache. Freiwillige Entscheidung.

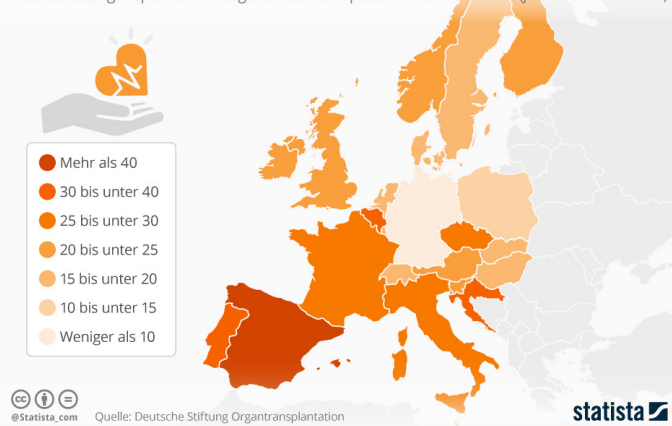
Noch nie haben Menschen in Deutschland so lange auf ein Spenderorgan gewartet wie heute. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Das Vertrauen in das System hat durch das Fehlverhalten einiger Transplantationszentren bei der Bevölkerung arg gelitten. Dazu scheinen die Informationskampagnen und alle wohlgemeinten Appelle zu diesem Thema derzeit nicht zu verhaften. Die Folge: Bundesweit haben 955 Menschen nach ihrem Tod ihre Organe für schwerkranke Patientinnen und Patienten gespendet. Gleichzeitig stehen in Deutschland aber aktuell immer noch 9.400 Patientinnen und Patienten auf der Warteliste für eine Organtransplantation. Und das obwohl laut Umfragen eigentlich eine hohe Spendebereitschaft in der Bevölkerung vorherrscht. Zeit für einen Neustart: Die Organspende ist ein aufwändiger Prozess. Viele Kliniken scheuten den Aufwand, der mit Transplantationen einhergeht. Andere waren personell den Anforderungen nicht gewachsen, in seltenen Fällen verhinderten Kostengründe Verbesserungen. 2018 berichteten Ärzte in einer Studie im „Deutschen Ärzteblatt“, dass es vor allem an einer Stelle hakt: Die

Kliniken melden zu selten potentielle Spender an die Deutsche Stiftung Organtransplantation. Deshalb hat die Große Koalition unter großer Zustimmung im Bundestag im Januar die Novelle des Transplantationsgesetzes verabschiedet. Und erste zarte Verbesserungen sind bereits zu spüren. (Für mehr lesen [Sie hier weiter](#)).

Aber der Deutsche Bundestag möchte noch mehr tun. Zwei Gruppen haben sich zusammengefunden: Eine für die doppelte Widerspruchsregelung sowie eine Gruppe pro verbesserter Zustimmungslösung. Heribert Hirte ist Teil der zweiten Gruppe und arbeitet gemeinsam in dieser überfraktionellen Gruppe an einer Lösung, damit sich mehr Menschen bewusst für eine Organspende entscheiden. Dabei gilt: Die Gruppe möchte die Or-

Deutschland bei Organspenden weit abgeschlagen

Realisierte Organspender in ausgewählten europäischen Ländern 2017 (je 1 Mio. Einwohner)



ganspende nach dem Tod als eine bewusste und freiwillige Entscheidung stärken, die nicht durch den Staat erzwungen werden darf. Denn die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein zentrales Element menschlicher Würde, wie Heribert Hirte feststellt: „Für mich ist die Organspende ein Akt gelebter Solidarität. Jedem Menschen, der sich für eine Spende entscheidet, gebührt Dank.“

Auch den Vorschlag der doppelten Widerspruchsregelung tragen rund um Bundesgesundheitsminister Spahn (der diesen Vorschlag aber als einfaches Mitglied des Deutschen Bundestages

Wie möchte die Gruppe um Heribert Hirte die Organspende konkret verbessern?

- **Klare Entscheidung im Online-Register und verbindliche, wiederkehrende Befragung**

Entstehen soll ein bundesweites Online-Register für Erklärungen zur Organ- und Gewebespende. Ziel dabei ist es, eine Registrierungsmöglichkeit zu schaffen, die für die Bürgerinnen und Bürger einfach & sicher erreichbar ist & gleichzeitig den Krankenhäusern im Bedarfsfall einen Zugriff gewährt. Dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger eigenständig dazu in der Lage sein, ihre Erklärung zur Organspende mittels selbstständiger Eintragung bei der Ausweisabholung – spätestens alle zehn Jahre – oder jederzeit online in das Register vorzunehmen & bei Bedarf zu ändern.

- **Verbindliche Information und Ansprache**

Für die verbesserte Zustimmungsregelung käme den Ausweisstellen eine zentrale Rolle zu: Sie werden verpflichtet, die Bürgerinnen & Bürger mit Informationsmaterialien zu versorgen & bei Abholung der Ausweispapiere zur Eintragung in das Organspende-Register aufzufordern. Die Eintragung kann vor Ort – sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt – stattfinden. Dies gilt auch für Ausländerbehörden.

- **Einbindung der Hausärztinnen und Hausärzte**

Hausärzte & Hausärztinnen erfüllen eine Lotsenfunktion im Gesundheitswesen. Deshalb sollen diese Patientinnen & Patienten regelmäßig über die Organspende beraten & sie zur Eintragung in das Register ermutigen. Es besteht allerdings keine Erklärungspflicht & die Aufklärung muss ergebnisoffen erfolgen. Begleitend wird der Bereich Organspende innerhalb der medizinischen Aus- und Weiterbildung gestärkt.

einbringt) Parlamentarier aller Parteien. Konkret sieht der Plan der Gruppe so aus, dass alle volljährigen und melderechtlich erfassten Bürger als potenzielle Organspender nach ihrem Hirntod gelten. Alle aber sollen auch das Recht haben, dem jederzeit zu widersprechen. Tun sie das, kommen sie nicht mehr für eine Spende infrage. Alle Angaben sollen in einem aufzubauenden bundes-

Alles in allem strebt die Gruppe um Minister Spahn einen Systemwechsel an, hingegen unterstützt die Gruppe um Heribert Hirte konkrete Änderungen mit verschiedenen Vorschlägen für eine zeitnahe und praktische Umsetzung. Hirte argumentiert aber nicht ausschließlich funktional, aus seiner Sicht sprechen ethische Gründe gegen eine Widerspruchslösung: „Unser Grundgesetz garantiert die Freiheit, das eigene Leben nach religiösen, politischen oder anderen Überzeugungen zu verwirklichen. So ist auch das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper garantiert, das sogar über den Tod hinaus reicht. Zwar kann

Der Union ist es nun wichtig, eine verantwortungsvolle Debatte zu führen. Das hat bereits die Orientierungsdebatte zu diesem Thema im November letzten Jahres gezeigt (Die Rede von Hirte [finden Sie hier](#)). Das Ziel nun lautet: In die Gesellschaft zu hören und schlussendlich Verbesserungen für betroffene Menschen zu erreichen. Denn diese stehen im Fokus der Vorschläge sowohl von Jens Spahn als auch von Heribert Hirte.



Wie funktioniert die Organspende derzeit?

Seit 2012 gilt eine „Entscheidungsregelung“. Alle Krankenversicherten sollen sich theoretisch mit der Frage beschäftigen, ob sie im Todesfall Organe zur Verfügung stellen würden. Dafür müssen die Krankenkassen regelmäßig entsprechendes Informationsmaterial versenden. Eine Entscheidung soll bewusst getroffen und dokumentiert werden. Deswegen kann man auf dem Organspendeausweis sämtliche Optionen der Organspende ausdrücklich ausschließen. Die aktuelle Praxis entspricht jedoch eher einer Zustimmungslösung: Per Organspendeausweis oder anderweitig muss jemand der Organentnahme zugestimmt haben. Oder die engsten Angehörigen müssen befragt werden, wenn dieser Ausweis, eine entsprechende Patientenverfügung oder Vergleichbares nicht vorliegt. Weitere Informationen zur Organspende oder dem Organspendeausweis [finden Sie hier](#).

weiten Register erfasst werden. Wenn kein Widerspruch dokumentiert ist, müssen sich die Ärzte noch bei den nächsten Angehörigen vergewissern. Diese hätten zu sagen, ob ihnen bekannt sei, dass die oder der Hirntote sich zu Lebzeiten gegen eine Entnahme ausgesprochen hat oder ob der mutmaßliche Wille der Betroffenen einer Spende entgegenstehen würde. Die Angehörigen sollen nicht über ihre eigene Meinung sprechen, sondern darüber, was die oder der Verstorbene gedacht hat.

dieses Recht verhältnismäßig eingeschränkt werden, doch der von Minister Spahn vorgelegte Entwurf überschreitet diese Verhältnismäßigkeit offensichtlich und gefährdet den postmortalen Schutz der Selbstbestimmung. Es gibt effektivere und mildere Mittel, die Organspendezahlen signifikant zu erhöhen.“ Auf ähnliche Argumente verweisen die Deutsche Bischofskonferenz und der Deutsche Ethikrat.

Rundblick

Die Medienschau

Auf breites Medienecho traf die Initiative der überfraktionellen Gruppe, die einen Gesetzesentwurf für eine verbesserte Zustimmungslösung erarbeitet. Anbei finden Sie eine Auswahl an Artikeln zu diesem Thema:

Ein ausführliches Interview zum Thema **Organspende** führte Hirte mit dem [Domradio - hier](#).

Weitere Artikel: [Tagesspiegel - Kirche und Leben](#) - [Die Welt](#) - [Die Tagespost](#) - [idea](#) - [Die Bild](#) - [Süddeutsche Zeitung](#) - [evangelisch.de](#) - [MDR](#)

Mehr als zehn Jahre nach ihrem letzten „**Gemeinsamen Wort**“ zur Demokratie haben die bei-

den großen Kirchen in Deutschland erneut eine Grundsatzklärung zu dem Thema vorgelegt. Grund: Autoritäres Denken und populistische Tendenzen. Zu dem Papier wurde Hirte im [Domradio](#) und [evangelisch.de](#) zitiert. Er verwies auf die Bedeutung der Erklärung im Hinblick auf die Europawahlen

Kurz informiert

Schlussstrich ist überfällig

Ein klares Statement ging von der offenen Mitgliederversammlung des CDU-Ortsverbandes Köln-Sürth aus: Das Planungsverfahren zum Ausbau des Godorfer Hafens muss beendet werden. Neben dem Ortsverbandsvorsitzenden Heribert Hirte stellten sich der Vorsitzende der CDU Köln, Bernd Petelkau, sowie Achim Görtz und Michael Mies als Vertreter des Ortsverbandsvorstands den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Es wurde noch einmal deutlich: Mit einem CDU-geführten Ratsbündnis wird es keinen Ausbau des Godorfer Hafens geben! Für die noch offene Frage, wie man die Belastung des städtischen Haushalts mit den abzuschreibenden Planungskosten möglichst verträglich gestalten kann, stellte Bernd Petelkau eine Lösung bis zum Sommer in Aussicht.

Zudem nutzte Heribert Hirte die Gelegenheit, die antisemitischen Anfeindungen, denen der neue Rabbiner der Kölner Synagogengemeinde ausgesetzt war, zu verurteilen: „Hier wurde einmal mehr deutlich, dass wir in unserem alltäglichen Widerstand gegen Intoleranz und Ausgrenzung nicht nachlassen dürfen. Ich rufe alle Bürgerinnen und Bürger auf, klar Stellung zu beziehen und solidarisch an der Seite der jüdischen Kölnerinnen und Kölner zu stehen.“



Rede zum Verbandsklagerecht

Verschiedene Anträge der Opposition thematisierten den kollektiven Rechtsschutz und Sammelklagen. Heribert Hirte war wichtig, besonders zu betonen, dass Richter in entsprechenden Fällen unter enormen Druck stehen, aber auch enorme Machtbefugnisse ausüben können. Und er appelliert an die Bundesregierung: Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz darf nicht einfach auslaufen. Hier ist sich Hirte mit den Justizministern aus Baden-Württemberg einig. [Die ganze Rede finden Sie hier.](#)

Ausbildungsass gesucht

Mit dem Ausbildungs-Ass würdigt die „Junge Deutsche Wirtschaft“ in drei Kategorien außergewöhnlich engagierte Unternehmen und Organisationen, die in der Ausbildung besonders innovative Wege gehen und ihre Auszubildenden überdurchschnittlich fördern. Das Kriterium: Ganzheitliche und zukunftsorientierte Ausbildung, die Tradition und Moderne miteinander verbindet. Ausgezeichnet werden Unternehmen des Handwerks, Unternehmen aus Industrie, Handel oder dem Dienstleistungssektor sowie außer-, überbetriebliche oder schulische Ausbildungsinitiativen. [Mehr Informationen finden Sie hier.](#) Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2019.

Tagesevangelium

Vom Montag, den 6. Mai, bis Samstag, den 11. Mai, wird Heribert Hirte jeden Morgen von 7:45 bis 7:55 Uhr im Domradio das Tagesevangelium besprechen. Der Inhalt: Gedanken und Impulse zu vorgelegten Bibelstellen und Gedanken über ihre Bedeutung in einem politischen Leben.

Weitblick

Die Termine

Montag 15.4.2019 bis Mittwoch 16.4.2019

Mündliche Verhandlung Streitsachen vor dem BVerfG: § 217 StGB (Geschäftsmäßige Förderung Selbsttötung)

Freitag, 3.5.2019

Aufsichtsratssitzung Stadtwerke Köln

Montag bis Samstag, 6.5. bis 11.5.2019




Tagesevangelium im Domradio, jeden Morgen von 7:45 bis 7:55 Uhr.

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

 [Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte)  [@HHirte](https://twitter.com/HHirte)  www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Ich heiße Elisabeth Kdderitzsch, bin 15 Jahre alt und habe die letzten zwei Wochen mein Schülerpraktikum im Büro von Heribert Hirte absolviert. Ich hatte dieses Praktikum gewählt, da ich an einem Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten interessiert war. Außerdem war mein Ziel, die Arbeitsweise des Bundestags näher kennenzulernen, denn trotz Sozialkundeunterrichts konnte ich mir nicht vorstellen, wie Sitzungen in Arbeitsgruppen ablaufen, wie der Ablauf im Plenum ist oder was alles hinter den Kulissen geschieht, damit der Bundestag so funktionieren kann, wie er es tut.

Was mich am Anfang überraschte, war, dass es so viele große, unterirdisch verbundene Gebäude gibt, die zum Bundestag gehören. Obwohl ich in den zwei Wochen viele Wege mehrmals ablie, kam ich oft doch nicht zurecht und musste mich bei vielen durchfragen, um z.B. Bücher abgeben zu können.

Ich sah meine erste Sitzung im Rechtsausschuss und es fiel mir auf, wie sehr Schuldebatten den tatsächlichen Debatten ähneln. Ich konnte öfters starke Auseinandersetzungen beobachten, auch streiten Politiker oft sehr emotional, was die Sitzungen sehr interessant machte. Die Arbeit einer/s Abgeordnete/n



Kurz vor der Fraktionssitzung konnte unsere Praktikantin Elisabeth Kdderitzsch ein Bild mit der Bundeskanzlerin aufnehmen.

ist hart und durchgeplant. Ich bewundere es, wie viele Informationen sie behalten und wie schnell sie problemlos von einem Thema ins nächste wechseln können. Durch das Praktikum habe ich gelernt, wie viel Organisation und Einsatz die Arbeit im Bundestag und damit unser demokratisches System verlangen.

Augenblick

Foto der Woche



Heribert Hirte diskutierte auf dem Kongreß des BDIU Bundesverband u.a. mit den Bundestagskollegen Karl-Heinz Brunner (SPD) und Tabea Rner (Bndnis90/DieGrnen). Das Thema des Kongresses: „FAIRAntwortung: Ein Code of Conduct für das Forderungsmanagement“. In der Inkasso-Branche werden derzeit neue Regeln erarbeitet, um „schwarze Schafe“ besser kontrollieren zu können. Für dieses Ziel ermutigte Hirte den Verband: „Der Code of Conduct kann eine Leitplanken-Funktion für die ganze Branche haben. Der BDIU kann hier eine Vorbildfunktion ausfllen.“